MEIN BERLIN NACHRICHTEN AG

24. Juli 2024

Vergewaltigung in der U3: Mohsen K. muss in die Psychiatrie

Mohsen K. (33) vergewaltigt Frau in U-Bahn; wegen Gefahr in Psycho-Knast. Urteil vom Landgericht Berlin.

Vergewaltigung in Berlins U-Bahn: Eine schockierende Tat, die die Stadt erschüttert

Die U-Bahn-Linie 3 in Berlin wurde in den frühen Morgenstunden des 9. Februars 2024 zum Schauplatz einer erschütternden Tat. Ein Logistiker namens Mohsen K. (33) vergriff sich an einer 63-jährigen Frau in der letzten Bahn nach Krumme Lanke. Die schwerwiegenden Folgen dieses Verbrechens werden die Stadt nachhaltig beeinflussen und werfen Fragen zum Schutz und zur Sicherheit in öffentlichen Verkehrsmitteln auf.

Der Täter, ursprünglich aus dem Iran stammend und seit 2016 in Deutschland, zeigte gefährliche Verhaltensmuster. Bereits zuvor war er dafür bekannt, in der Bahn fremde Frauen zu betatschen.

Am Abend der Weiberfastnacht nahm sein Verhalten eine dunklere Wendung. In der U-Bahn versuchte er, ein Selfie mit einer verkleideten Frau aus dem Grunewald zu machen. Als sie seine Avancen ablehnte mit den Worten: ڎIch bin verheiratet!ڌ, vergewaltigte Mohsen K. sie kurzerhand.

Die betroffene Frau, eine bekannte Persönlichkeit aus der Berliner Society, gesteht heute, dass sie lange überlegte, ob sie den Vorfall überhaupt zur Anzeige bringen sollte. Sie entschied sich schlussendlich dafür, um andere Frauen zu schützen und zu warnen. Dank eines Überwachungskamerabildes vom Bahnhof Krumme Lanke konnte Mohsen K. keine 24 Stunden nach der Tat verhaftet werden.

Im Saal 220 des Landgerichts fand das Sicherungsverfahren statt. Aufgrund seiner Diagnose ڃ Schizophrenie ڃ entschieden die Richter, dass Mohsen K. eine Gefahr für die Allgemeinheit darstelle und daher nicht in einem herkömmlichen Gefängnis, sondern in einer psychiatrischen Einrichtung untergebracht werden müsse. Trotz seiner Entschuldigung und der Aussage: ڎIch ließ sie meinen Zorn auf Frauen spürenڌ, hegen die Richter Zweifel, dass er in Freiheit seine Medikamente zuverlässig einnehmen würde.

Dieser Fall zeigt die dringende Notwendigkeit, die Sicherheit in öffentlichen Verkehrsmitteln zu erhöhen und präventive Maßnahmen zu ergreifen. Politik und Behörden müssen enger zusammenarbeiten, um ähnliche Vorfälle zu verhindern. Mehr Überwachungskameras, nachdrücklichere Sicherheitskontrollen und Schulungen für das Personal könnten erste Schritte sein. Es ist entscheidend, dass gefährliche Individuen frühzeitig erkannt und entsprechend behandelt werden, bevor sie solche Verbrechen begehen. Auch sollte es niedrigschwellige Möglichkeiten für Opfer geben, Vorfälle anonym zu melden, um sicherzustellen, dass potenzielle Straftäter rechtzeitig identifiziert werden können.

Politische Maßnahmen, wie die stärkere Förderung von

Präventionsprogrammen und die Verbesserung der öffentlichen Aufklärung über psychische Erkrankungen, könnten langfristig dazu beitragen, solche Vorfälle zu minimieren. Es gilt, sowohl den Opfern als auch potenziellen Tätern ein unterstützendes Umfeld zu bieten, in dem Hilfe schnell und unkompliziert verfügbar ist.

ج NAG

Details

Besuchen Sie uns auf: mein-berlin.net